

JANINE WISSLER: DIE LINKEN-CHEFIN ÜBER RUSSLAND, DIE UKRAINE, DEN WESTEN – UND ÜBER IHRE PARTEI

„So lässt sich der Krieg nicht beenden“



Janine Wissler, Bundesvorsitzende der Linken, glaubt, dass ihre Partei derzeit unter ihren Möglichkeiten bleibt.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Janine Wissler (41)

ist seit zwei Jahren Bundesvorsitzende der Partei Die Linke. Bis April 2022 war sie das gemeinsam mit Susanne Hennig-Wellsow. Heute bildet sie mit Martin Schirdewan ein Tandem. Von 2008 bis 2021 war Wissler Abgeordnete im Hessischen Landtag und dort ab 2009 Fraktionsvorsitzende ihrer Partei. Seit 2021 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags.

Frau Wissler, Sie sind Fan von Eintracht Frankfurt. Ihre Mannschaft hat einen Lauf.

Janine Wissler: Ja, kann man sagen, auch wenn es am Sonntag leider nur einen Punkt gab.

So gut die Eintracht spielt, so schlecht schneidet derzeit Ihre Partei ab. Umfragen und Wahlen sprechen eine klare Sprache.

Um in Ihrem Bild zu bleiben: Auch die Eintracht war in der Vergangenheit im Tabellenkeller und hat sich rausgekämpft. Man kann Dinge zum Positiven verändern, wenn man als Team zusammenhält und sich auf den Gegner konzentriert. Im Moment bleiben wir unter unseren Möglichkeiten, dabei gibt es in Deutschland durchaus ein großes Potenzial für eine linke Partei in Opposition zur Ampel. Viele Leute haben aber nicht ganz zu Unrecht den Eindruck, dass wir zu viel streiten und uns mit uns selbst beschäftigen.

In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Bremen und Berlin, wirkt das nicht so. Dort zeigt die Linke Geschlossenheit. Sie regiert mit oder hat das getan und wird für ihre Arbeit zuweilen auch von der Opposition gelobt. Trotzdem wurde in Berlin jetzt die Wahl verloren, und in Bremen sinken die Umfragewerte.

Die Linke in Bremen macht eine sehr gute Arbeit – Partei, Fraktion und die beiden Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia

„Nichts rechtfertigt, dass man ein Land bombardiert.“

Bernhard. In der Umfrage kommt das auch zum Ausdruck, die Menschen erkennen das an ...

... belohnen es aber nicht, im Gegenteil: Die Linke ist von gut elf Prozent bei der Bremer Bürgerschaftswahl vor vier Jahren auf acht Prozent in der jüngsten Umfrage abgesackt.

Der Wahlkampf hat ja noch gar nicht richtig begonnen. Wir setzen auf unsere Inhalte wie bezahlbares Wohnen, den Kampf gegen Armut und eine gute Gesundheitsversorgung. Wir setzen auf unsere beliebten Senatorinnen und wollen deutlich machen, warum eine starke Linke in Bremen nötig ist.

Ihre Berliner Genossinnen und Genossen haben sehr stark das eigene Profil betont, weniger das der Bundespartei. Ganz so, als wollten sie sich abgrenzen, um ihre Wahlchancen zu erhöhen.

Diese Wahrnehmung teile ich nicht. Mein Co-Vorsitzender Martin Schirdewan und ich waren im Berliner Wahlkampf aktiv, und der Landesverband hat sich am Wahlabend für die große Unterstützung der Bundespartei bedankt. Es gab keine Dis-

tanzerung, wohl aber einen klaren Fokus auf die Landespolitik und die Rolle der Linken in Berlin. Das ist bei einer Landtagswahl aber ganz normal und auch richtig so.

Und nun kommt in Berlin womöglich die Große Koalition. Linke und Grüne bleiben außen vor.

Ja, und das ist fatal. Die SPD gibt das Rote Rathaus an die CDU ab, obwohl es eine andere Option gibt. Sie wird in einer Koalition mit der CDU ihre Wahlversprechen wie bezahlbare Mieten und mehr soziale Gerechtigkeit nicht einhalten können und verschlechtert zudem die Situation der Ampel im Bundesrat.

Vielleicht handelt die Berliner SPD deshalb so, weil die CDU klarer Gewinner der Wahl ist.

Richtig, sie ist die stärkste Partei, aber im parlamentarischen System ist es nun mal so, dass sich Mehrheiten bilden. SPD, Grüne und Linke hätten diese Mehrheit, und zwar deutlich.

Im Bund wird an so eine Konstellation, also Rot-Grün-Rot, noch nicht einmal entfernt gedacht. Ganz wesentlich hat das mit den Fragen von Krieg und Frieden zu tun: Ukraine-Krieg, Waffenexporte, Nato-Mitgliedschaft. Nehmen wir allein die Ukraine – der Westen unterstützt sie, die Linke tut es nicht.

Das stimmt nicht. Wir halten aber die Lieferung von immer mehr und schwereren Waffen nicht für den einzigen und richtigen Ausdruck von Solidarität. Die Linke hat unmissverständlich und klar verurteilt, dass Russland gegen die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt. Auch dieser Krieg hat eine Vorgeschichte, aber nichts rechtfertigt, dass man ein Land bombardiert, die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken versetzt und Millionen Menschen in die Flucht treibt. Dafür trägt Russland die Verantwortung. Wir fordern daher, dass Putin den Krieg sofort stoppt und die Soldaten abzieht. Als Friedenspartei sind wir immer solidarisch mit den Angegriffenen und verurteilen militärische Aggression.

Solidarität mit Worten, weniger mit Taten. Ohne die Waffen des Westens und die militärische Drohkulisse der Nato, insbesondere der USA, gäbe es die Ukraine möglicherweise schon nicht mehr.

Ein langer Abnutzungskrieg, eine weitere Eskalation und die Gefahr eines noch größeren Krieges helfen der Ukraine aber nicht und bedrohen das Leben von noch viel mehr Menschen. Die Frage ist, wie dieser Krieg so schnell wie möglich beendet werden kann, und das gelingt nur mit Diplomatie.

Sicher, aber wie verhandeln, wenn die andere Seite nicht will? Und wie verhandeln, wenn mangels militärischer Stärke die Niederlage bevorsteht?

Wenn Verhandlungen nur aus der Position der militärischen Stärke stattfinden, finden sie nie statt. Es hat sich ein Stellungskrieg entwickelt, in dem sich derzeit keine größeren Geländegewinne abzeichnen. Man sollte Friedensverhandlungen nicht nur vom Ende her denken, sondern als schrittweisen Prozess. Es gibt ja bereits Verhandlungen zum Getreideab-

„Es fing mit Panzerhaubitzen an, jetzt sind Kampfpanzer zugesagt.“

kommen und zum Gefangenenaustausch, weil beide Seiten ein Interesse daran haben. Darauf aufbauend könnte man Schutzzonen um Atomkraftwerke und Krankenhäuser vereinbaren, örtliche Waffenstillstände. Das könnte einen Raum für Friedensverhandlungen öffnen. Nach der Krim-Annexion 2014 konnten die Staaten Europas noch in dem Konflikt vermitteln. Das geht jetzt nicht mehr, weil sie Waffen liefern, und damit zwar noch nicht Kriegspartei sind, von Russland aber so gesehen werden.

Hatte Europa nach dem 24. Februar 2022 überhaupt eine Wahl?

Es gibt ja gute Gründe, warum der Bundeskanzler so lange gezögert hat, weil die damit verbundenen Gefahren groß sind. Wo ist die rote Linie? Es fing mit Panzerhaubitzen an, jetzt sind Kampfpanzer zugesagt, und Kampfjets werden bereits gefordert. So lässt sich der Krieg nicht beenden, er droht, weiter zu eskalieren.

Noch einmal: Was muss Europa stattdessen unter den gegebenen Bedingungen tun?

Alles versuchen, um Druck aufzubauen für Verhandlungen. Dazu müssen Länder wie China ihren Einfluss geltend machen. Es gab in der Geschichte Situationen, da wurden Truppen von militärisch besetzten Gebieten nach Verhandlungen zurückgezogen.

Was ist aus Ihrer Sicht grundsätzlich falsch gelaufen?

Man hätte Anfang der 1990er-Jahre die militärischen Blöcke auflösen und ein gemeinsames Sicherheitsbündnis schaffen sollen, statt die Nato immer weiter nach Osten auszudehnen. Das rechtfertigt nichts, schon gar nicht einen Angriffskrieg. Es muss aber erlaubt sein, kritisch und nachdenklich zu hinterfragen, wie man diese Konfrontation hätte verhindern können, ohne gleich als Putin-Propagandist abgestempelt zu werden. Viele Menschen machen sich Sorgen, dass der Krieg in eine unmittelbare Auseinandersetzung von Atommächten mündet. Dann gäbe es die Ukraine tatsächlich nicht mehr und viele andere Länder auch nicht.

Diese Sorge findet sich im „Manifest für Frieden“ wieder, das mittlerweile mehr als 700.000 Menschen in Deutschland unterzeichnet haben. Es gab auch eine Demonstration. Beides wurde von Ihrer Parteikollegin Sahra Wagenknecht und der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer angestoßen. Sie haben ein Problem damit, oder?

Viele Erstunterzeichner des Manifests schätze ich sehr, und sie sind über jeden Verdacht erhaben, Putin zu verteidigen, wie ihnen in Teilen der Öffentlichkeit unterstellt wurde.

Aber?

Es ist gut, wenn Menschen für Frieden und Verhandlungen auf die Straße gehen und breite Bündnisse dazu aufrufen. Ich hätte den Text anders formuliert und zum Beispiel die Aspekte der humanitären Hilfe für die Ukraine und der Aufnahme von Geflüchteten aus dem Kriegsgebiet erwähnt, aber das ist nicht der zentrale Punkt. Problematisch fand ich den Umgang der Initiatorinnen mit der Mobilisierung von Rechtsaußen. Die Veranstalter hätten deutlich machen müssen, dass Abgeordnete der AfD und andere organi-

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – das gehört zusammen.“

sierte Rechte unerwünscht sind. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – das gehört zusammen.

Sahra Wagenknecht hat sich mit dem Manifest mal wieder exponiert. Sie macht das häufig – nicht immer im Sinne der Linken, die von ihr sogar infrage gestellt wird.

Es ist nicht hilfreich, seit Jahren mit der Gründung einer neuen Partei zu kokettieren. Ich finde es auch unfair gegenüber den vielen aktiven Mitgliedern. Man sollte sich am politischen Gegner abarbeiten und nicht an der eigenen Partei.

Am Wochenende hat Wagenknecht mitgeteilt, nicht mehr für die Linke kandidieren zu wollen.

Derzeit konzentrieren wir uns als Partei neben den wichtigen friedenspolitischen Fragen auf die Unterstützung der Streikenden im Öffentlichen Dienst und bei der Post. Das scheint mir gerade dringlicher als die Frage, wer in mehr als zwei Jahren für den Bundestag kandidieren will und wer nicht.

Das Gespräch führte Jürgen Hinrichs.